

## **Einladung zur Gemeindeversammlung**

*§§ 55 ff. GemG - Rechtskonformität der Einladung zur Gemeindeversammlung (E. 13 - 15)*

*§ 57 Absatz 1 GemG - Traktandenerläuterung in der Einladung zur Gemeindeversammlung (E. 16 und 17)*

Aus den Erwägungen:

13. Materiell ist strittig, ob die Einladung zur Gemeindeversammlung von Zunzgen vom 31. Oktober 2006 rechtskonform erfolgt ist. - Gemäss § 55 GemG ist zu jeder Gemeindeversammlung in der durch Gemeindereglement vorgesehen Form einzuladen, gemäss § 56 Satz 2 GemG wird durch Gemeindereglement bestimmt, wie die Anträge des Gemeinderats den Stimmberechtigten bekanntzugeben sind, und gemäss § 57 Absatz 1 GemG hat der Gemeinderat über die an der Gemeindeversammlung zu behandelnden Geschäfte ein Verzeichnis aufzustellen, dass er den Stimmberechtigten gleichzeitig mit der Gemeindeversammlungseinladung bekannt zu geben hat. Die vom Gemeindegesetz verlangten Gemeindereglementsbestimmungen hat der Souverän von Zunzgen im Verwaltungs- und Organisationsreglement vom 25. November 2005 (VOR) wie folgt umgesetzt:

*§ 2 Bekanntgabe der Gemeinderatsanträge (§ 56 Satz 2 GemG)*

*Die Gemeinderatsanträge werden mit den Erläuterungen zu den einzelnen Traktanden schriftlich bekanntgegeben.*

*§ 3 Erläuterung der Geschäfte, Unterlagen*

*<sup>1</sup>Die Gemeindeversammlungsgeschäfte werden in der Einladung schriftlich erläutert.*

*<sup>2</sup>Unterlagen zu den Gemeindeversammlungsgeschäften, die nicht an die Stimmberechtigten verteilt werden (Pläne, vollständige Rechnung und Voranschlag, grössere Berichte und Dokumentationen, Reglemente, usw.), sind vor der Versammlung in der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme aufzulegen.*

14. Vorfrageweise ist zu prüfen, ob § 3 Absatz 2 VOR höherrangigem Recht widerspricht. Inwiefern ein solcher Widerspruch besteht und vor allem zu welcher Norm des höherrangigen Rechts, substantiiert der Beschwerdeführer nicht. In der Tat ist denn auch kein solcher Widerspruch auszumachen, insbesondere nicht zum Gemeindegesetz. Dieses enthält keine Bestimmungen über Unterlagen zu Gemeindeversammlungstraktanden, sondern nur über die Einladung (§ 55 GemG), über die Traktandenliste (§ 57 Absatz 1 GemG) und über die Antragstellung (§ 56 GemG). Mit dem die Unterlagen regelnden § 3 Absatz 2 VOR geht die Zunzger Regelung genau besehen sogar weiter als es das höherrangige Recht explizit verlangt. § 3 Absatz 2 VOR kann daher füglich nicht als höherrangigem Recht widersprechend qualifiziert werden, so dass vorfrageweise keine Rechtswidrigkeit an der in casu angewendeten Reglementsbestimmung feststellbar ist.

15. Nach der vorfrageweisen Feststellung der Übereinstimmung des kommunalen mit dem höherrangigen Recht ist zu prüfen, ob ersteres oder zweites in casu falsch angewendet worden ist. Die Frage ist zu verneinen. In Übereinstimmung mit den §§ 2 und 3 VOR in Verbindung mit den §§ 55, 56 Satz 2 und 57 Absatz 1 Satz 2 GemG hat der Gemeinderat in der Einladung vom 12. Oktober 2006 zur Gemeindeversammlung vom 31. Oktober 2006 die angefochtenen Traktanden 4 - 8 erstens benennt, zweitens erläutert und drittens Antrag

gestellt und damit rechtskonform gehandelt. Die Beschwerde ist daher diesbezüglich unbegründet und demzufolge abzuweisen.

16. Sodann verbleibt aufgrund des Rechtsbegehrens zu prüfen, ob die Rechte der Stimmberechtigten in irgend einer anderen Weise verletzt worden sind. Der Beschwerdeführer moniert, dem Bürger werde ein unzumutbarer Aufwand aufgebürdet, um sich überhaupt über die traktandierten Geschäfte ins Bild setzen zu können, und rügt die Verletzung politischer Grundrechte. - Die als rechtlich ungenügend gerügte Einladung zur Gemeindeversammlung enthält als Erläuterungen zu den einzelnen Traktanden die folgenden Ausführungen:

zu Traktandum 4:

*Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Sozialhilfereglements  
Das Sozialhilfereglement regelt die Aufgaben und Pflichten der Sozialhilfebehörde.*

zu Traktandum 5:

*Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Friedhofreglements  
Das Friedhofreglement regelt alles rund um das Bestattungswesen wie die zulässigen Grabmasse, die Gestaltung und das Material der Grabmäler oder auch die Bepflanzung sowie den Unterhalt von Grabstätten.*

zu Traktandum 6:

*Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Reglements über die Ersatzabgabe für Parkplätze  
Das Reglement über die Ersatzabgabe für Parkplätze kommt dann zur Anwendung, wenn ein Bauherr die nach Raumplanungs- und Baugesetz erforderlichen Parkplätze nicht erstellen kann. "Wenn die notwendigen Abstellplätze aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht oder nur mit unverhältnismässig hohem finanziellem Aufwand erstellt werden können, entrichtet die Bauherrschaft eine Ersatzabgabe an die Gemeinde." Die Ersatzabgabe beträgt pro Parkplatz 7'000 Fr. und unterliegt dem Zürcher Baukostenindex. Die bezahlten Ersatzabgaben bewirken kein Recht auf die Reservierung von Parkplätzen auf öffentlichem Areal oder in öffentlichen Einstellhallen.*

zu Traktandum 7:

*Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Allmend-Parkplatz-Reglements (nächtliches Dauerparking auf öffentlichem Grund)  
Aufgrund eines Auftrages aus der Bevölkerung, der Gemeinderat soll die Einführung einer "Laternengebühr" prüfen, entstand das Allmend-Parkplatz-Reglement. Kernpunkt des Allmend-Parkplatz-Reglements ist die Gebührenpflicht für das regelmässige Parkieren auf öffentlichem Grund. "Zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr ist das regelmässige Parkieren von ordentlich eingelösten Motorwagen bis 3,5 t sowie von Anhängern auf öffentlichen Strassen und Plätzen der Gemeinde Zuzunzen bewilligungspflichtig." Die Bewilligung wird allen Fahrzeug- und/oder Anhängerbesitzern erteilt, die mangels anderer Parkierungsmöglichkeiten auf eine Bewilligung angewiesen sind. Als Besitzer gilt der Halter oder gegebenenfalls derjenige, dem das Fahrzeug/Anhängern zur Benützung überlassen wird. Die Bewilligung gibt keinen Anspruch auf einen bestimmten Platz. Sie berechtigt den Besitzer lediglich, das Fahrzeug/Anhängern im Rahmen der jeweils geltenden Vorschriften zu parkieren, ohne jegliche Haftung durch die Gemeinde. Die Gebühr beträgt jährlich 400 Fr. pro Fahrzeug respektive pro*

*Anhänger. Für fest vermietete Parkplätze wird eine Gebühr von 50 Fr. pro Fahrzeug und/oder Anhänger und Monat berechnet.*

zu Traktandum 8:

*Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Reglements über die Antennenanlage*

*Die Gemeindeversammlung hat am 12. Juni 2006 dem Verkauf des gemeindeeigenen Fernseh-Netzes an die EBLCom zugestimmt. Bau, Betrieb und Verwaltung der Kabelnetzanlage sind seit dem 1. August 2006 von der EBLCom sichergestellt. Die Gemeinde hat mit der EBLCom einen entsprechenden Leistungsauftrag zwecks Gewährleistung des Service Public abgeschlossen. Im Reglement werden die Bestimmungen von Aussenantennen definiert sowie die Pflichten der Grundeigentümer festgehalten.*

17. Diese Traktandenerläuterungen umschreiben konzis den formellen sowie den materiellen, d.h. politischen Kerngehalt der Geschäfte und sind entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers nicht zur Meinungsbildung ungeeignet, im Gegenteil. Aufgrund ihres Detaillierungsgrades ermöglichen sie es den Stimmberechtigten zu entscheiden, ob sie überhaupt an der Versammlung teilnehmen wollen, sowie sich auf die bevorstehende Gemeindeversammlung vorzubereiten. Dies sind die Anforderungen, die das Verwaltungsgericht im - vom Beschwerdeführer zitierten - Urteil vom 21. Februar 1996 an die Traktandenliste stellt (BLVGE 1969, S. 47, E. 3b). Entgegen des dem erwähnten Präjudiz zugrunde liegenden Sachverhalts, wo "das Geschäft auf der eigentlichen Traktandenliste lediglich grob sowie unter Verwendung von Oberbegriffen und allgemein gehaltener Formulierungen umschrieben" war (a.a.O., S. 48, E. 4b), sind vorliegend die einzelnen Beschlüsse, die zu fassen sind, formell richtig sowie inhaltlich aussagekräftig auf der - erläuterten - Traktandenliste aufgeführt. Neben den Traktanden und den Erläuterungen enthält die fragliche Gemeindeversammlungseinladung zudem auf Seite 1 unten die Einladung zur Kontaktaufnahme bei Fragen sowie auf Seite 4 unten den Hinweis auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Reglementstexte auf der Gemeindeverwaltung während den Schalteröffnungszeiten gemäss § 3 Absatz 2 VOR. Der vom Beschwerdeführer vertretenen Auffassung der Unzulässigkeit und Unzumutbarkeit dieser Art der Informationsbeschaffung zur Meinungsbildung kann daher nicht gefolgt werden. Unbestrittenermassen ist die durch § 3 Absatz 2 VOR gewährleistete Unterlagen-Einsichtnahme während der Schalterstunden auf der Gemeindeverwaltung von dieser nie ver- oder behindert worden. Zudem gehen die von der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellten Informationsmöglichkeiten wie Internet und telefonische Auskunft ansehnlich über die reglementarischen Vorgaben hinaus und sind umso weniger rechtlich zu beanstanden. Im Gegenteil, es darf dieser Informationszugangspraxis das Zeugnis einer offenen und modernen Informationspolitik ausgestellt werden. Der Vorwurf der Verletzung politischer Grundrechte ist unbegründet, und die Beschwerde ist in diesem Punkt abzuweisen.

(RRB Nr. 331 vom 13. März 2007)